

„Wir sollten zu unserer Vergangenheit stehen“

Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marita Pagels-Heineking, hört nach Ablauf ihrer ersten Amtszeit im August auf. Für eine zweite Amtszeit stehe sie nicht zur Verfügung, kündigte sie in dieser Woche an. Gründe nannte die 56-Jährige nicht. Im Interview mit dem Nordkurier gewährte sie jetzt einen Blick hinter die Kulissen. Die Fragen stellte Frank Wilhelm.

Ihre Entscheidung kommt für viele überraschend. Was sind die Gründe?

Warum das viele überrascht hat, kann ich nicht sagen. Dass im Sommer meine erste Amtszeit zu Ende geht, war bekannt. Folglich müssen bis zur Sommerpause Wahlen dazu stattfinden und man braucht Zeit, einen geeigneten Kandidaten oder eine geeignete Kandidatin zu finden. Offensichtlich scheinen aber viele davon ausgegangen zu sein, dass man für eine zweite Amtszeit selbstverständlich antritt, wenn man die Möglichkeit dazu hat. Für mich ist das aber nicht selbstverständlich. Ich habe mich gefragt, ob ich das Amt der Landesbeauftragten auch in den nächsten fünf Jahren so ausfüllen kann, wie ich es für nötig und für richtig halte, oder ob ich zumindest die Möglichkeit sehe, solche Bedingungen zu schaffen. Diese Frage musste ich mir leider mit einem klaren Nein beantworten.

Welche Reaktionen erfuhren Sie nach der Bekanntgabe?

Die Reaktionen der Betroffenen reichten von „Schade, aber das ist nur konsequent“ bis „Hilfe! Aufschrei!“ Ich habe in den vergangenen Jahren und Monaten immer wieder Solidarität und Unterstützung erfahren. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle einfach mal bedanken.

War der Streit um die Besetzung der Stasi-Überprüfungskommission der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte?

Ein ganz klares Nein. Beim Berufungsverfahren für die Kommission gab es einen Verfahrensfehler, auf den ich hingewiesen habe. In der Richtlinie der Landesregierung steht eindeutig, dass der jeweilige Landesbeauftragte als Mitglied der Kommission gesetzt ist. Welche Partei dann welchen Kandidaten beruft oder vorschlägt, ist Sache der Parteien. Wenn die Kommission aus drei Mitgliedern bestehen muss, so steht es in der Vorschrift, und der Landesbeauftragte gesetzt ist, dann müssen sich die im Landtag vertretenen Parteien auf zwei weitere Kandidaten einigen. Deswegen musste da auch keine Partei ihren Kandidaten zu meinen Gunsten zurückziehen. Die Wahl am Donnerstag hat gezeigt, dass mich viele Abgeordnete für integer und geeignet halten.

Ihrem Nachfolger wünschen Sie breite und vertrauensvolle parlamentarische Zustimmung. Haben Sie die vermisst?

Nein, ich habe diese Zustimmung nicht vermisst. Wichtig ist, dass das Amt des Landesbeauftragten nicht zum politischen Spielball wird. Der Landesbeauftragte ist politisch unabhängig, muss es auch sein. Er hat eine zutiefst überparteiliche Aufgabe. Wenn der Landes-

beauftragte anfangen muss, parteipolitisch zu agieren, dann ist etwas in totale Schiefelage geraten. Ich finde, alle Parlamentarier, alle Beamten, alle Richter, alle Polizisten, alle Menschen, die aus Steuergeldern bezahlt werden, sollten sich manchmal daran erinnern, dass sie ihre Freiheit und ihren Arbeitsplatz den mutigen Menschen verdanken, die sich im Herbst '89 auf die Straße getraut und die Diktatur beendet haben. Das sollte man auch im Streit um die Methoden der Arbeit des Landesbeauftragten nicht vergessen.

Sie haben mehrfach Ministerpräsident Sellering wegen dessen Umgang mit der DDR-Aufarbeitung kritisiert, unter anderem wegen seiner Nichtteilnahme an einer Gedenkveranstaltung für die Toten an der Grenze in Zarenthin. Inwieweit darf und muss ein Landesbeauftragter Politiker angreifen?

Ich würde zwischen Kritik und Angriff differenzieren. Jemanden zu kritisieren, ist noch lange kein Angriff. Die Gleichsetzung von Meinung und Persönlichkeit ist ein Merkmal der Diktatur. Da war Feind, wer anders als die Herrschenden gedacht hat. Kritik, auch wenn sie die Meinungen und Auffassungen des Ministerpräsidenten betrifft, muss nicht nur erlaubt sein, sie ist sogar notwendig. Ich finde, dass es einem Ministerpräsidenten und jedem anderen Menschen gut ansteht, wenn er sich ab und zu daran erinnert, dass es in Deutschland einmal eine Grenze gegeben hat, an der Menschen erschossen worden sind. Jubiläen sind ein Anlass, dies öffentlich zu tun, runde Jubiläen spielen dabei eine herausgehobene Rolle. Solche Gedenkfeiern sind wichtige politische Rituale. Der 13. August 2011 kam nicht überraschend. Dass man an diesem Tag der Mauertoten gedenkt, sollte für den Ministerpräsidenten eines ostdeutschen Landes eine Selbstverständlichkeit sein. Es geht nicht nur darum die Lebensleistung der Menschen in der Demokratie anzuerkennen, sondern auch darum, ihre tiefen Verletzungen durch die Diktatur wahrzunehmen und zu würdigen. Aber dies war nicht der einzige Kritikpunkt. Sein Festhalten an der Aussage, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen ist ein weiterer. Natürlich hat der Begriff Unrechtsstaat keine genaue Definition, aber umgangssprachlich bedeutet er erst einmal das Gegenteil von Rechtsstaat. Dass die DDR kein Rechtsstaat gewesen ist, dieser Aussage hat Erwin Sellering bei einer Podiumsdiskussion immerhin zugestimmt. Aber seiner Argumentation, dass man die DDR nicht als Unrechtsstaat bezeichnen dürfe, weil man sonst die Lebensleistung der DDR-Bürger nicht anerkennen würde, kann ich nun wirklich nicht mehr folgen.

Bereuen Sie Ihre Kritik an der DDR-Regimenähe der Ex-IHK-Hauptgeschäftsführerin Petra Hintze?

Nein. Frau Hintze hat sicher ihre Verdienste. Welche Arbeit sie bei der IHK geleistet hat, kann ich nicht einschätzen, das ist auch nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist es aber, darauf hinzuweisen, dass wir alle



Von 1991 bis 2008 war Marita Pagels-Heineking Leiterin der Außenstelle Neubrandenburg. Hier ist sie 2007 vor dem Stasi-Gelände in Neubrandenburg zu sehen.

FOTO: ARCHIV/DPA

eine Vergangenheit haben, zu der wir stehen sollten. Auch ich habe mich bis zum Sommer 1989 nicht gerade mit widerständigem Ruhm bekleckert. Auch ich gehörte wie Millionen andere zu denen, die sich in der Diktatur eingerichtet hatten. Dazu stehe ich, das habe ich nie geleugnet. Aber ich habe auch nicht zu den Stützen des Systems gezählt und im Herbst 1989 meine Angst überwunden. Aus heutiger Sicht hätte ich vielleicht schon viel früher aktiven Widerstand leisten sollen. Doch aus heutiger Sicht zu richten, ist wohlfeil.

Ich finde, niemand muss sich schamvoll in eine Ecke verkriechen, auch nicht ehemalige Spitzel und Systemträger, die wieder dicke Autos fahren. Es geht nicht darum, jemanden anzuprangern, wie man mir das gelegentlich vorwirft. Es geht darum, die Vergangenheit zu begreifen. Und in dieser Vergangenheit gab es schlimme, zynische Täter, aalglatte Karrieristen, systemtreue Wegschauer, desinteressierte Schweiger und eine Handvoll mutiger Menschen, die aufbegehrt haben und sich das Denken nicht verbieten lassen wollten.

Und was Frau Hintze betrifft?

Anlass meiner Kritik an Frau Hintze war nicht ihr Ausscheiden aus der IHK, sondern ich bin gefragt worden, ob es auch heute noch Netzwerke ehemaliger SED-Mitglieder gibt. Diese Frage habe ich mit Ja beantwort-

et und ich füge hier die für mich immer noch nicht beantwortete Frage hinzu, woher eigentlich der eine oder andere Unternehmensgründer 1990 das Startkapital für sein Unternehmen hatte. Damit ich auch hier nicht wieder missverstanden werde. Ich meine nicht die vielen mutigen Menschen, die das wunderbare Jahr 1990 dazu genutzt haben, endlich selbstbestimmt an der Verwirklichung ihrer Träume zu arbeiten. Ich meine auch nicht die

vielen tausend Unternehmer, die nach der Revolution begriffen haben, dass es sich lohnt im Osten Deutschlands zu investieren. Aber wenn jemand ohne rot zu werden stolz darauf ist, dass er im SED-Parteilehrjahr alles Notwendige über die Marktwirtschaft gelernt hat, dann frage ich mich zumindest, ob ich eine solche Biografie öffentlich würdigen muss.

Nach der Bekanntgabe Ihrer Entscheidung wurde Kritik



Kommentar von Andreas Frost

Krokodilstränen und Blumen

Kaum hatte die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marita Pagels-Heineking, erklärt, sie wolle nicht für eine zweite Amtszeit antreten, hat SPD-Landtagsfraktionschef Nieszery sein tiefstes Bedauern ausgedrückt. Allerdings warf Peter Ritter (Linkspartei) Nieszery postwendend vor, Krokodilstränen zu vergießen, denn Pagels-Heineking habe sich selbst mit Ministerpräsident Sellering über dessen Bewertung der DDR-Geschichte angelegt, und solche „Majestäts-

beleidigung“ nehme die SPD angeblich nicht hin, weshalb Pagels-Heineking auch keine Chance hätte, noch einmal gewählt zu werden.

Das ließ Nieszery nicht auf sich sitzen und zeigte Ritter, welch schöne Blumensträuße von Krokodilstränen genährt werden können. Zwar will Pagels-Heineking ab August nicht mehr Stasi-Landesbeauftragte sein, bis dahin aber in der entsprechenden Kommission die Landtagsabgeordneten auf eventuelle Stasi-Verstrickungen überprüfen. Prompt bekam sie am Donnerstag im Landtag die meisten Stimmen, deutlich mehr als Ex-Landtagspräsident Rainer Prachtl aus Neubrandenburg. Jedoch wurde Nieszery seine Blumen nicht los. Pagels-Heineking war nicht ins

laut, was neue Konzepte der Aufarbeitung betrifft. Gab es die Kritik auch im Vorfeld?

Es wurde ja keine Kritik an neuen Konzepten der Aufarbeitung laut, es wurde behauptet, dass ich ein solches Konzept überhaupt nicht hätte. Diese Behauptung beruht offenbar auf einem hohen Maß an Unkenntnis. Ich will Ihnen einige Stichworte dazu geben: Auf meine Initiative hin wurden die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bei der letzten Novelle des Stasi-Unterlagengesetzes als Forschungseinrichtungen eingestuft, denn die Landespolitik fordert immer wieder eine streng wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Für ehemalige Heimkinder der DDR haben wir eine Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet, um Opfern bei ihrem Kampf um Entschädigung beizustehen. An einem entsprechenden Gesetz habe ich maßgeblich mitgearbeitet. In meiner Amtszeit hat es zudem eine deutliche Steigerung der Aktivitäten zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen gegeben.

Und schon zu Beginn meiner Tätigkeit habe ich darauf hingewiesen, dass die Arbeit des Landesbeauftragten neu geregelt werden muss. Es geht schon lange nicht mehr nur um Stasi-Unterlagen, die ohnehin der Bundesbeauftragte verwaltet. Es geht um die ganze Bandbreite der kommunistischen Diktaturfolgen. Dafür habe ich einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auch eine Anbindung der Behörde weg vom Kulturministerium zum Landtag beinhaltet. Trotz Zustimmung von Abgeordneten, mit denen ich darüber sprach, wurde der Entwurf noch nicht einmal in das parlamentarische Verfahren eingebracht, weil sich sowohl Kulturministerium als auch der Ministerpräsident dagegen ausgesprochen haben.

Mir Konzeptlosigkeit vorzuwerfen ist also nicht nur dumm, sondern ich empfinde diesen Vorwurf als frech. Da versucht offensichtlich jemand von seiner eigenen Konzeptlosigkeit abzulenken.

Eine letzte Frage: Wie geht es für Sie im August 2013 weiter?

Ich habe einen gültigen Arbeitsvertrag beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Parlament gekommen. Auch Prachtl schien der Weg nach Schwerin zu weit. Und der Dritte im Bunde, der Schweriner Richter Christian Frenzel, hatte offenbar keine Zeit und musste zu Gericht sitzen. Wäre er ins Parlament gekommen, um seine Wahl zu beobachten, hätte Justizministerin Uta-Maria Kuder den gefährlichen Schluss ziehen können, das Amtsgericht habe zu wenig zu tun – und es gleich auf ihre Abschluss-Liste gesetzt.

Nieszery blieb aber nicht auf seinen für die Kommissionsmitglieder gedachten Blumen sitzen. Er bedachte kurz entschlossen zwei Parlaments-Protokollantinnen und Sozialministerin Schweig damit. Für Kuder hatte er keinen mehr übrig.